

HOLOCAUST

# Die Augen fest zugemacht

Neue Aktenfunde belegen: Die Deutsche Bank gab Kredite für den Auschwitz-Bau, sie finanzierte auch Projekte der SS – und die damaligen Verantwortlichen wußten Bescheid. Das verschärft die Proteste der jüdischen Organisationen in Amerika.



Deutsche Unternehmen kaufen die heiligen Kühe fremder Länder, etwa Rolls-Royce und Random House. Da drängte es auch die Geldhändler der Deutschen Bank zur Weltpitze. Mit 17 Milliarden Mark im Händchen griffen sie nach der amerikanischen Firma Bankers Trust.

New Yorks Stadtkämmerer Alan Hevesi stoppte sie. Der Verwalter riesiger Pensionsfonds riet den US-Behörden, den Deal nur zu genehmigen, wenn die Deutschen alle Holocaust-Opfer entschädigt hätten. Auf Hevesi hört man: Sein Druck auf Schweizer Banken wegen des Nazigolds hatte die Eidgenossen 1,25 Milliarden Dollar für einen „Gerechtigkeitsfonds“ gekostet.

Gleichzeitig verklagten amerikanische Anwälte 103 deutsche Kreditinstitute samt der Deutschen Bank (DB) auf 18 Milliarden Dollar, weil ihren Mandanten Kontenguthaben nicht ausgezahlt worden waren oder von SS-Schergen Gold geraubt wurde.

Das trifft kaum die DB, deren Konten jüdischer Kunden 1941 konfisziert wurden; nachrichtenlose Konten hatte die Bundesregierung 1975 kassiert. Den Verkaufserlös aus 323 Kilo mutmaßlichem Opfergold stiftete die Bank zwei Verfolgtenverbänden.

Karl Brozik von der Jewish Claims Conference warf der DB danach noch „Arisierungen“ vor, auch „Beteiligungen an Unternehmen, die Sklavenarbeiter ausbeuteten“. Die Bank hatte 1938 unter anderem die größte deutsche Privatbank Mendelsohn & Co. übernommen, sie war eng verbunden mit I. G. Farben und Daimler-Benz.

Um das schwer beschädigte Image auf dem größten Auslandsmarkt zu reparieren, berief die Deutsche Bank eine Historiker-Kommission mit Professor Manfred Pohl, der zum Thema Raubgold bestätigte, „daß es definitiv keine weiteren Bestände gibt, deren Herkunft ungeklärt ist“.

Doch am vorigen Donnerstag, drei Tage vor der Abreise des Kanzleramtsministers Bodo Hombach zu Verhandlungen in den



Zentrale der

Zentrale der Deutschen Bank in Frankfurt  
„Ein schwerer Schlag“

USA über alle Ansprüche, gab Pohl öffentlich bekannt, was er durch Zufall gerade jetzt entdeckt hatte: In den Kellern des Bankhauses liegen Akten, die eine Mitschuld an den Leichen des NS-Terrors dokumentieren. Die Deutsche Bank hat an Auschwitz mitgebaut, mit Krediten für Bauunternehmen.

„Ich konnte auf die Befindlichkeit der Bank keine Rücksicht nehmen“, hatte sich Pohl entschieden. Schleunigst bekannte sich Vorstandssprecher Rolf Breuer zur „ethisch-moralischen Verantwortung“.



Deutschen Bank in Berlin (1929), Historiker Pohl, ungarische Opfer auf der Rampe in Auschwitz 1944: „Zur Weltherrschaft verschworen“

Schlagzeilen in den USA folgten prompt: Diese neuen Enthüllungen, so die „Washington Post“, könnten die geplante Fusion mit Bankers Trust „blockieren“.

Auch Elan Steinberg, Direktor des Jüdischen Weltkongresses in New York, zweifelt nun am Gelingen der Übernahme: „Es gibt hier noch viele Holocaust-Überlebende, auf die unsere Politiker Rücksicht nehmen müssen.“ Paul Gallagher, Rechtsvertreter der Opfer-Kläger, nannte die Reaktion der New Yorker Behörden „überraschend aggressiv“.

Michel Friedman vom Zentralrat der Juden in Deutschland hält die Finanzierung von Konzentrationslagern für eine „nicht mehr nachzuvollziehende und gar entschuldbare Mitwirkung“. Abgeklärter äußerte sich der Präsident Ignatz Bubis: „Natürlich ist das eine unschöne Sache, aber ich möchte wissen, welches Unternehmen nicht in das System des Nationalsozialismus verstrickt war.“ Die Firmen hätten alle ihre Geschäfte gemacht, meint Bubis, „wenn eine Bank nicht beteiligt war, dann wahrscheinlich deshalb, weil sie nicht gefragt wurde“.

Die Schuld der Dresdner Bank, einst Hausbank der SS, ist längst erwiesen. Doch sogar der Bundesverband deutscher Banken hat Anfang vorigen Jahres begonnen, die in seinem Archiv gesammelten Papiere aus der NS-Zeit zu sichten. Schon wird deutlich, daß auch sein Vorgänger, der „Centralverband“, genauso wie die ande-

ren Wirtschaftsverbände fest in das NS-System eingebunden war.

Alle waren in die Geschäfte der Nazis verwickelt, meint der polnische Schriftsteller und Ex-Senator Andrzej Szczypiorski: „Natürlich ist die heutige Führung der Bank dafür nicht verantwortlich. Doch für eine so angesehene Institution ist das ein schwerer Schlag.“ Er findet „beachtenswert, daß die Bank selbst ihre Schuld eingestanden hat“. Friedman hält dagegen: „Wieviele Verdrängungsmechanismen müssen seit Jahrzehnten in der Bank wirksam

gewesen sein, daß dies nicht früher bekannt wurde?“

Die DB galt anfangs den Nazis als „rote Bank“, weil dort Katholiken und Juden den Ton angaben. Vorstand Hermann J. Abs hielt sogar nach den Ermittlungen der US-Militärregierung von 1946/47 „offiziell Abstand zur Partei“, obschon sich seine Bank „zur Weltherrschaft verschworen“ hätte. Die beiden jüdischen Vorstandsmitglieder Theodor Frank und Jacob Wassermann kündigten im Mai 1933, ihnen folgte Sprecher Georg Solmssen, der einem Kollegen geschrieben hatte:

„Ich fürchte, wir stehen noch am Anfang einer Entwicklung, welche zielbewußt, nach wohlaugelegtem Plane auf wirtschaftliche und moralische Vernichtung aller in Deutschland lebenden Angehörigen der jüdischen Rasse, und zwar völlig unterschiedslos, gerichtet ist.“

Und er protokollierte den „Mangel an Solidaritätsgefühl, der auf Seite derer zu Tage tritt, die mit jüdischen Kollegen Schulter an Schulter gearbeitet haben“.

Ungeschoren blieben die um einige Nazis angereicherten DB-Vorstände, die für die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ jährlich 900 000 Mark beitrugen und sich jeden Monat im „Freundeskreis Heinrich Himmler“, dem sie jedes Jahr 75 000 Mark spendeten, mit anderen Wirtschaftsführern und Offizieren trafen.

Die DB beteiligte sich während des Hitler-Stalin-Paktes mit 95 Millionen Mark am

Handelskredit für die Sowjetunion, danach riet Abs, „im Osten“ nicht allzusehr präsent zu sein. Im Generalgouvernement Polen errichtete die DB Filialen, auch in den annektierten Städten Bielitz, Posen, Krakau, Lodz und Kattowitz.

Als sich die Rote Armee näherte, wurden die Akten der Kattowitzer Hauptfiliale nach Hannover in Sicherheit gebracht. Dort stieß Forscher Pohl jetzt auf die brisanten Unterlagen.

Als er vor 15 Jahren die DB-Filialen um Mithilfe beim Aufsuchen von Akten aus

der NS-Zeit gebeten hatte, war „die Resonanz gleich Null“, so Pohl. Erst der Druck der Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren habe dazu geführt, daß die Zweigstellen aktiv bei der Suche nach Dokumenten geholfen hätten.

In einer extra angemieteten Lagerhalle in Eschborn vor den Toren Frankfurts am Main sind bisher neun Kilometer Akten zusammengekommen und werden nun systematisch katalogisiert. „Die Hannoveraner wußten selbst nichts von den Akten“, mutmaßt Pohl, „sonst hätten die Papiere schwerlich unbeschadet die Jahrzehnte überstanden.“

Viele Kreditvorgänge der Filiale Kattowitz beschäftigten sich mit dem Bau und dem Betrieb des Konzentrationslagers Auschwitz. Die DB gewährte, so ergab eine erste oberflächliche Auswertung, mindestens zehn mit dem Bau des Vernichtungslagers betrauten Firmen Kredite.

Auch andere Institute wie die Dresdner Bank oder die Reichskreditgesellschaft haben laut Pohl wahrscheinlich an dem Bau von Auschwitz mitverdient. Die Gebäude hatte ohnehin die Allianz versichert – wie auch die Zivilangestellten in den KZ Buchenwald und Sachsenhausen gegen Schäden „durch leichtfertige oder böswillige Handlung der Häftlinge“.

Pohl fand den Durchschlag einer Leistungsaufstellung der Baufirma W. Riedel & Sohn in Bielitz vom 31. August 1942 an die örtliche DB-Filiale. Um den gewährten

NACHRUH

# Hussein von Jordanien

1935 bis 1999

Kredit zu belegen, meldete das Unternehmen Außenstände von 590 000 Mark. Die Leistungen wurden für die I.-G.-Farbenfabrik erbracht, die ihre Zwangsarbeiter aus dem dafür errichteten Auschwitz-Nebenlager Monowitz bezog. Aber der Brief verzeichnet auch Bauarbeiten im Wert von 88 830 Mark für die Auschwitzer Waffen-SS – an Kellern und Mauerwerk von Erd- und Obergeschossen, wobei der Gesamtauftrag 1,2 Millionen Mark betrug.

Ein halbes Jahr später wurde W. Riedel & Sohn auch mit der Fertigstellung des Krematoriums IV beauftragt. Ein Maurer der Firma lieferte einen der wenigen dokumentarischen Beweise für das größte Verbrechen der deutschen Geschichte, aufbewahrt in Auschwitz Lagerakten. In seinem Arbeitsnachweis vom 2. März 1943 notierte er: „Fußboden betonieren im Gaskammer.“

Die DB unterhielt auch eine Konto- und Kreditbeziehung mit der Erfurter Firma J. A. Topf & Söhne, welche die Öfen der Krematorien installierte. Pohl ist überzeugt davon, daß die Verantwortlichen der Zweigstelle Kattowitz wußten, was sie in Auschwitz finanzierten: „So fest konnten die Leute ihre Augen gar nicht zumachen.“

Auch die Zentrale der Bank in Berlin mußte die Kreditverträge für Auschwitz abzeichnen. „Ich gehe davon aus, daß der Vorstand Bescheid wußte“, sagt Pohl – die Hauptfiliale eines Bezirks durfte nur Kredite bis 150 000 Mark gewähren. Abs hat vor Jahren bereits angegeben, er habe ab 1943 von den Vernichtungslagern gewußt.

„Uns geht es nicht um eine spezielle Summe, sondern um Wiedergutmachung. Die muß die Deutsche Bank leisten, nicht mehr, aber auch nicht weniger“, sagt Steinberg vom Jüdischen Weltkongreß, der nach den Gesprächen mit Hombach seinen Rat für das weitere Vorgehen an Hevesi schicken wird. Steinberg hofft, „daß wir etwas Positives empfehlen können“.

Bei Hombachs Sondieren in den USA über einen Entschädigungsfonds der deutschen Wirtschaft soll auch DB-Chef Breuer mit von der Partie sein. „Es wäre falsch, wenn die jüdischen Organisationen jetzt den Versuch machten, die Deutsche Bank, den Motor der Fonds-Idee, herauszubrechen, um bessere Konditionen aushandeln zu wollen“, warnt Hombach und registriert eine „dramatische“ Stimmungsmache gegen das Frankfurter Finanzhaus.

Gleichwohl hofft er, daß sich Mitte Februar im Dialog des Kanzlers mit Spitzenvertretern der Wirtschaft eine abschließende Regelung finden läßt. Gleich danach könne es zu ersten Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiter und Holocaust-Opfer vorab aus einem Fonds der Wirtschaft kommen, „mit der Deutschen Bank als Vorreiter“.

FRIJOF MEYER,  
MATHIAS MÜLLER VON BLUMENCRON,  
CHRISTOPH PAULY, WOLFGANG J. REUTER

Was war dem König in den fast 47 Jahren seiner Herrschaft nicht alles schon nachgerufen worden: Der ägyptische Staatschef und glühende Nationalist Gamal Abd el-Nasser nannte ihn ein „listiges Schlitzohr“. US-Präsident Richard Nixon rühmte den Herrscher über den Wüstenstreifen am Jordan als „Staatsmann von Weltgeltung“. Für Libyens Revolutionsführer Muammar el-Gaddafi hingegen war Hussein nur der „Schuhputzer der Amerikaner und Kommunisten“.

Unbestritten aber war Hussein Ibn Talal, der seine Haschemiten-Dynastie auf den Propheten zurückführte, einer der großen politischen Überlebenskünstler des Nahen Ostens, der sich mit feinem Gespür für Strömungen mehr als vier Jahrzehnte an der Spitze hielt. Er war der König, der „von Tag zu Tag“ regierte, wie der amerikanische Präsident Jimmy Carter einmal spottete, aber trotz unzähliger Krisen übte er sein Amt länger als jeder andere orientalische Politiker aus.

Der Vergänglichkeit aller Macht und des eigenen Lebens war sich Hussein nur zu gut bewußt: Mit 15 Jahren wurde das erstmal auf ihn geschossen.

Der Prinz hatte seinen von ihm verehrten Großvater, König Abdullah, bei einem Besuch der Aksa-Moschee begleitet, als der Palästinenser Schukri Aschu auf den Monarchen feuerte und ihn mit einem Kopfschuß tötete. Die nächste, Hussein zuge dachte Kugel prallte an einem Orden ab. Mindestens 17 Attentate folgten, laut Legende sollen es sogar mehr als 30 Anschläge gewesen sein, darunter Versuche, sein Flugzeug zum Absturz zu bringen oder ihn mittels ausgetauschter Medikamente zu vergiften.

Mit Husseins Proklamation zum König am 11. August 1952 begann für den 16jährigen ein Himmelfahrtskommando, auch wenn er als Kadett der briti-

schen Militärakademie Sandhurst gut ausgebildet war. Unterstützt von seiner machtbewußten Mutter, zeigte Hussein schnell persönlichen Mut, politisches Geschick sowie außergewöhnliche Biegsamkeit. Unerschrocken stellte er sich meuternden Soldaten entgegen, unarmte Nasser, der ihn töten lassen wollte, und ließ sich Nachschub über das Territorium des Erzfeindes Israel besorgen, als die Araber ihn boykottierten.

Die verhängnisvollste Fehlentscheidung seines Lebens aber traf er 1967. Von Nasser ließ er sich zum Krieg gegen Israel überreden. Hussein glaubte dem Ägypter, daß die Israelis diesmal zu schlagen seien, und führte seine Truppen selbst an die Front. In nur sechs Tagen verlor der König nicht nur die Herrschaft über das Westjordanland, sondern auch über Ost-Jerusalem mit den heiligen Stätten Felsendom und Al-Aksa-Moschee.

Trotzdem: Berühnungsängste gegenüber dem zionistischen Nachbarn plagten den Abkömmling Mohammeds nicht. Bei geheimen Treffen, teilweise sogar auf israelischem Territorium, kungelte er über die Jahre mit den Führern der sozialdemokratischen Arbeitspartei, von Golda Meir bis Schimon Peres. Auf den Friedensschluß mit Israel mußte er bis 1994 warten – mit Rücksicht auf die Autonomieverhandlungen der Palästinenser, als deren Beschützer er sich, trotz der blutig niedergeschlagenen PLO-Revolution im Schwarzen September 1970, stets verstanden hatte.

Ablenkung suchte der König, der immer etwas Jungenhaftes behielt, bei einem riskanten Hobby: Nur am Steuerknüppel seiner Düsenjets fühlte er sich wirklich frei. Warnungen, er riskiere damit sein Leben unnötig, ließ er nicht gelten: „Wir sterben“, notierte er in seiner Autobiographie, „wenn es uns bestimmt ist.“

Hussein starb in Amman an Lymphknotenkrebs.

